

CDU/Bürgervereinigung setzt sich für weitere Verbesserungen in der Infrastruktur ein

Staat stellt Mittel für die Digitalisierung der Bammentaler Schulen zur Verfügung

(ASc/red). Neben dem Neubau eines Kindergartens steht aktuell die Sanierung des Bammentaler Gymnasiums auf dem Programm. „Hier wird die Gemeinde Bammental mit 1,8 Mio. Euro von 2,7 Mio. Euro Gesamtvolumen massiv von Bund und Land unterstützt“, berichtete der Bammentaler Gemeinderat und CDU-Landtagsabgeordnete Dr. Albrecht Schütte auf einem Treffen der CDU/BV.

„Ich erinnere mich noch gut daran, wie wir mit der CDU Fraktion 2016 für ein kommunales Sanierungsprogramm gekämpft haben.“ Damit auch die Elsenzalschule in den nächsten Jahren in den Genuss solch einer Förderung kommt, müsse es auch zukünftig Schulsanierungsmit-

tel geben, so Schütte weiter. Kultusministerin und CDU Fraktion versuchen das aktuell für den kommenden Doppelhaushalt zu erreichen, leider aus Sicht der Verantwortlichen gegen den Widerstand des Koalitionspartners.

Gemeinderätin Cordula Dörfer wies daraufhin, wie wichtig es sei Gemeinderat und vor allem Nutzer eines Gebäudes eng mit einzubeziehen. „Bei der Sanierung des Gymnasiums weiß die Schulgemeinschaft häufig am besten, wo die Probleme liegen.“ Daher sei es notwendig, monatlich bei einem „Jour Fixe“ Dinge gemeinsam zu besprechen, um den Baufortschritt und die weitere Planung zu spiegeln. Entsprechend werde die CDU/Bürgervereinigung einen Antrag in den Gemeinderat einbringen.

Digitalisierung

Neben der Sanierung des Gymnasiums geht es aktuell auch darum, die weitere Digitalisierung beider Schulen voranzubringen. Als erste Zahlung habe die Gemeinde Bammental im Juni bereits 50 Euro je Schüler pauschal vom Land erhalten, ein ähnlicher Betrag folge bis Ende des Jahres, in der Summe also deutlich über 100.000 Euro, konnte Schütte berichten. Zusätzlich stehen für Baden-Württembergische Schulen für schulspezifische Maßnahmen 586 Mio. Euro an Bundesmitteln zur Verfügung. Mit diesen Mitteln kann die Infrastruktur wie Glasfaserkabel, W-Lan auf den Schulgeländen finanziert oder Anzeigengeräte wie etwa interaktive Tafeln beschafft werden. Sobald diese grundlegende

Infrastruktur vorhanden bzw. beantragt ist, können mit bis zu 20 Prozent der Mittel für eine Gemeinde digitale Endgeräte beschafft werden.

Entwicklungsplan

Neben einem Medienentwicklungsplan, der von den Schulen auszuarbeiten ist, müssen die Gemeinden einen Eigenanteil von 20 Prozent tragen. Das Land Baden-Württemberg hat mit den oben genannten Mitteln sichergestellt, dass jede Kommune die Eigenmittel hat. In der Summe stehen so in den nächsten fünf Jahren über 700 Millionen Euro landesweit und in Bammental über 600.000 Euro für die Digitalisierung der Schulen und damit die Zukunft der jungen Menschen bereit.

Bedarfsplanung Kindergärten

Neubau für Schule und Kindergarten geplant

Wiesenbach. (ke). Es war die erste reguläre Sitzung des neu gewählten Gemeinderats und gleichzeitig die letzte Sitzung vor der Sommerpause. Sie war gespickt mit einer Vielzahl von Tagesordnungspunkten und wurde von einer beeindruckenden Zahl von Besuchern im Bürgersaal des Bürgerhauses verfolgt.

Es war teilweise „schwere Kost“ und damit nicht immer leicht verdaulich. Bei einigen Themenbereichen tat sich Bürgermeister Eric Grabenbauer erkennbar schwer. Dies wurde etwa beim Tagesordnungspunkt „Bedarfsplanung Kindergärten“ deutlich, weil er belegte, wie schwer und wie vage oft einigermaßen realistische Vorhersagen sein können.

Die Gemeinden haben darauf hinzuwirken, dass für alle Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Dies gilt auch für die Bereitstellung eines bedarfsgerechten Angebots an Ganztagsplätzen für diese Altersgruppe. Weiterhin haben die Gemeinden auf ein bedarfsgerechtes Angebot für Kinder

unter drei Jahren – auch ganztags – hinzuwirken. Diese Vorgaben stellte der Bürgermeister seinen weiteren Erläuterungen zu den Gegebenheiten in Wiesenbach voraus.

Kapazitäten reichen noch aus

Obwohl im Kindergartenjahr 2019/2020 insgesamt 137 Kinder über drei Jahre Anspruch auf einen Platz im Kindergarten haben, reichen die vorhandenen 125 Plätze heute noch aus, wie der Rathauschef ausführte. Gründe: Kinder sind in auswärtigen Einrichtungen oder werden zuhause betreut.

Mit den fünf freien Plätzen „im Kindergarten „Unterm Regenbogen“ haben wir auch noch Luft für weitere Anmeldungen“, fügte Grabenbauer an. Anders sieht für das Kindergartenjahr 2020/2021 aus: Es kommen voraussichtlich 113 Kinder auf die vorhandenen 125 Plätze. Die Genugtuung darüber hat allerdings einen Haken: Die Landespolitik will dem Elternwunsch nachkommen und den Einschulungsstichtag auf den 30. Juni vorverlegen. Bürgermeister Grabenbauer zitierte dazu die Einschätzung des Gemeindetags: „Angesichts des bereits aktu-



Foto: iStock / Getty Images Plus

ellen Anteils an Rückstellungen von rund 20 Prozent könnte sich durch diese Maßnahme kurzfristig ein zusätzlicher Platzbedarf in der Kinderbetreuung ergeben, der bisher sicher in keiner kommunalen Bedarfsplanung berücksichtigt ist.“ Damit bleiben Kinder im nächsten Jahr mit Geburtstag zwischen 30.06. und 30.09. ein weiteres Jahr im Kindergarten.

Große Verunsicherung

Für den Fall der Umsetzung der anvisierten Maßnahmen und Regelungen brachte der Bürgermeister die Problematik auf den Punkt: „Was bisher schon ein Spiel mit Zahlen, Erfahrungen

und Fingerspitzengefühl war, wird zukünftig noch schwieriger planbar.“ Die sich zwangsläufig ergebende überproportionale Einschulungsquote im Folgejahr sowie eine mögliche stärkere Flexibilisierung des Schuleintritts würden „eine große Verunsicherung für kommunale Planungen unter anderem in Bezug auf den Bedarf an kommunalen Betreuungsangeboten, Ganztagschulen, Mittagessen mit sich bringen, so die Befürchtungen des Rathauschefs. Dabei sprach er auch über weitere Unwägbarkeiten und mögliche Konsequenzen in den verschiedenen Bereichen.

-Weiter auf Seite 8-